Zentralrat der FDJ

I n f o r m a t i o n

über den Aufenthalt einer Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD vom 02. bis 06. 05. 1988 in Berlin

I.

Auf Einladung des Zentralrats der FDJ weilte vom 02. bis 06. 05. 1988 eine Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos in der SPD) in Berlin. Im Mittelpunkt des Aufenthaltes stand ein Seminar zum Thema "Zur Verantwortung von Jugendorganisationen aus Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen für die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit junger Kommunisten und junger Sozialdemokraten." Am Seminar nahm der Bundesvorsitzende der Jusos, Michael Guggemos, und der stellvertretende Bundesvorsitzende, Olaf Scholz, teil.

Das Auftreten der Delegation des Bundesvorstandes der Jusos war geprägt vom offensichtlichen Willen, den erreichten Stand der Beziehungen zur FDJ konstruktiv fortzusetzen. Der im Vorfeld unternommene Versuch des Bundesvorstandes, ein Gespräch mit Vertretern der Evangelischen Kirche der DDR in das Programm aufzunehmen, wurde während des Aufenthaltes nicht wiederholt. Das vorgesehene Programm, das neben 3 Seminarveranstaltungen, einem Besuch der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", des VEB Kabelwerkes Oberspree sowie Gespräche mit Abgeordneten der FDJ-Fraktion der Volkskammer und mit Redakteuren der "Jungen Welt" und von Jugendradio "DT 64" beinhaltete, wurde in vollem Umfang realisiert. Aus Anlaß des 50. Todestages von Carl von Ossietzky legte die Delegation an seinem Grab ein Blumengebinde nieder.
In allen Seminarveranstaltungen gelang es, auf der Grundlage des Dokuments "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" die Diskussion um die Hauptfrage unserer Zeit, die Sicherung und Erhaltung des Friedens, zu führen. Es gab seitens der Jusos kein Bestreben Nebenfragen vordergründig zu diskutieren.

Im Verlauf des Aufenthaltes fand eine Beratung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von FDJ und Jusos statt, in deren Verlauf eine Pressemitteilung zu aktuellen Fragen der Friedenssicherung vereinbart wurde. (siehe Anlage) Die Delegation führte einen ausführlichen Meinungsaustausch mit Volker Voigt, 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ.

II.

Ausgehend von der festen Überzeugung, daß gemeinsame Sicherheit notwendig und möglich ist, unterstützten die Gäste alle auf dem Tisch liegenden Vorschläge bzw. Forderungen zur Abrüstung der atomaren, chemischen und konventionellen Waffen. Sie brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die gemeinsamen Initiativen von SED und SPD zur Errichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und einer chemiewaffenfreien Zone in Europa weiterhin aktiv zu unterstützen. Guggemos und Scholz erklärten ihre Teilnahme am "Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen" in Berlin.

Die Jusos wollen sich verstärkt für die Durchsetzung von Konzepten einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit in der BRD einsetzen, um endgültig die NATO-Strategie der atomaren Abschreckung zu überwinden. Der Verlauf der letzten zehn Jahre zeige, daß es gelungen sei, in der BRD den bis dahin auf die Abschreckungsstrategie fixierten sicherheitspolitischen Konsens, aufzubrechen. Auch immer breitere Kreise des Kapitals wollten die eigenständigen westeuropäischen Interessen gegenüber den USA durchsetzen. Der Versuch der Schaffung des EG-Binnenmarktes werfe bei diesen Kreisen nicht nur die künftige ökonomische und militärische, sondern auch politische Rolle Westeuropas auf. Das eröffne der Sozialdemokratie die Erarbeitung unterschiedlicher Entwicklungspositionen, die es hegenomiefähig zu machen gelte. Die Haltung Genschers sei ein positives Signal für eine solche Möglichkeit.

Für die Friedensbewegung der BRD komme es jetzt darauf an, den Druck auf die Veränderung der NATO-Militärdoktrin zu erhöhen. Die Aussage, daß der Imperialismus friedensfähig sei, bedeute nicht, daß er auch friedlich sei. Das müsse in der Einheit von politischen, ökonomischen und diplomatischen Anstrengungen ständig erkämpft werden. Nach Auffassung der Delegationsmitglieder heiße Abbau pauschaler Feindbilder nicht, daß die wahren Feinde

des Friedens nicht mehr benannt werden dürften. Sie befänden sich im Militär-Industrie-Komplex der USA sowie in der "Stahlhelm-Fraktion" der Unionsparteien. Allerdings sei die Errichtung des gemeinsamen Hauses Europa ohne Berücksichtigung der Interessen der USA unrealistisch.

Die Jusos würdigten die Friedensoffensive der sozialistischen Länder. Diese habe zu einem Aufbrechen des antikommunistischen Feindbildes geführt, für das konservative Medien heutzutage krampfhaft Ersatz suchen. Darin seien die Versuche einzuordnen, die "DDR als Buhmann" darzustellen.

III.

FDJ und Jusos würdigten die Verbesserungen in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD seit dem offiziellen Besuch Erich Honeckers in der BRD. Von einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen könne jedoch noch keine Rede sein. Guggemos verwies auf bestehende anachronistische Auffassungen im BRD-Regierungslager und forderte die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten durch die Bundesregierung, insbesondere die der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR. Mit gleicher "Selbstverständlichkeit müsse die DDR anerkennen, daß Westberlin Bestandteil der BRD" sei. Andere Delegationsmitglieder verwiesen darauf, daß diese Forderung "angesichts der Positionen der Alliierten momentan nicht realistisch sei." Übereinstimmung gab es in der Frage, Westberlin zu einem stabilisierenden Faktor in den Ost-West-Beziehungen zu machen.

Die Jusos sprachen sich nachdrücklich für die Fortsetzung eines konstruktiven Ost-West-Dialogs aus. Die Beziehungen zwischen SED und SPD seien dafür beispielgebend. Von daher habe das gemeinsame Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" eine parteien- und nationenübergreifende Bedeutung. Wichtiges Element der Entspannungspolitik sei die wirtschaftliche Kooperation sowie der Ost-West-Handel. Die Jusos befürworten die Aufnahme von Beziehungen EG - RGW und sprechen sich für die Abschaffung der COCOM-Liste aus. Der vereinbarte Stromverbund zwischen der BRD, DDR und Westberlin sei ein Beispiel für eine engere europäische Verflechtung.

IV.

Auffällig war, daß die innere Situation in der DDR in der Diskussion nicht die dominierende Rolle einnahm. Die Gäste beteiligten sich nicht an der "Buhmann-Diskussion gegen die DDR". Ausgehend von ihrer pluralistischen Grundposition warfen sie die Frage nach der Position der FDJ auf, mit "Strukturen der kirchlichen Jugendarbeit" den Dialog aufzunehmen. Aufmerksam verfolgten die Gäste die Ausführungen von Volker Voigt über die vielfältigen Initiativen der Jugend der DDR im "FDJ-Aufgebot DDR 40" und über die differenzierte Arbeit mit allen Jugendlichen. Die Verbundenheit der Jugend mit ihrer sozialistischen Heimat, ihr Lebensoptimismus und ihre Mitverantwortung für alle Belange der gesellschaftlichen Entwicklung seien starke Motive, sich engagiert für die Erhaltung des Friedens und die dynamische Entwicklung des Sozialismus einzusetzen. Mehr denn je seien Ideen und Initiativen aller Jugendlichen gefragt. Die FDJ arbeite deshalb differenziert mit allen Teilen der Jugend. Das schließe auch die Zusammenarbeit mit jungen Christen ein. Die Argumente der FDJ-Delegation waren auf die Delegationsmitglieder nicht ohne Wirkung, ebenso wie der Film "Einer trage des anderen Last".

Die im Gespräch mit Volker Voigt getroffenen Aussagen wurden beim Besuch im KWO sowie in den Diskussionen mit Abgeordneten der FDJ-Fraktion der Volkskammer wirkungsvoll untersetzt. Sie veranschaulichten den Gästen das Wesen und die Möglichkeiten sozialistischer Demokratie. Einige Jusos äußerten, daß sie von der differenzierten Arbeit "überrascht" seien. Auch das Gespräch mit den Journalisten von der "Jungen Welt" und von Jugendradio "DT 64" wurde genutzt, um die Interessenvertretung sowie die Möglichkeiten der Mitwirkung von Jugendlichen aufzuzeigen.

Kontroverse Auffassungen innerhalb der Delegation gab es auch in der Frage "Was ist Einmischung oder Kritik". Nach den Worten von Olaf Scholz sei es legitim, "Vorstellungen über eine andere Entwicklung im jeweils anderen System" zu entwickeln. Das bedeute nicht, daß die SPD je wieder ein "Ostbüro" eröffnen würde. Die Jusos würden auch künftig kritisieren, was ihnen in sozialistischen Ländern mißfalle. Sie werden jedoch nicht, wie viele in der BRD es erwarten, ihre Beziehungen zu den Jugendverbänden ab- bzw. unterbrechen. Ausgehend von der "Theorie der Industriegesellschaft"

brachte Scholz seine "Überzeugung" zum Ausdruck, daß im Zuge der Entwicklung der sozialistischen Länder die sozialistische Demokratie Züge des bürgerlichen Parlamentarismus annehmen werde.

V.

Die Mitglieder der Delegation brachten ihre Meinung darüber zum Ausdruck, daß in der DDR eine enge Verbindung von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt zu spüren sei. In der BRD käme es darauf an, politische Demokratie mit ökonomischer Demokratie zu verbinden. Von daher träten sie nach wie vor für die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien ein. Diesbezüglich sei die SPD momentan im Programmentwurf weit hinter ihren Vorstellungen zurück. Scharfe Äußerungen gab es zum jüngsten Verstoß Oskar Lafontaines gegen die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Nach wie vor sei jedoch Lafontaine für die Mehrzahl der Jusos ein "Hoffnungsträger für die Partei".

VI.

Guggemos informierte über die Vorbereitungen des Juso-Bundeskongresses im Juni 1988. Seine eigene Kandidatur sei noch unklar, da er eventuell eine feste Arbeitsstelle als Kulturbeauftragter einer Kommune erhalte. Nicht wieder kandidieren werden Olaf Scholz, der jedoch Vizepräsident der IUSY bleibe, Matthias Kollatz, Hillevi Burmester und Ruth Winkler. Erneut kandidieren Uwe Kremer, Bernhard Groth und Martin Gorholdt. Über etwaige Konstellationen der verschiedenen Fraktionen im neuen Bundesvorstand traf Guggemos keine Aussagen. Vom Parteivorstand der SPD werde Anke Fuchs als Gastredner auftreten. Arbeitskreise werden sich mit Friedensfragen, der Zukunft der Arbeit, Frauen- und Bildungspolitik beschäftigen.

Guggemos wiederholte die bekannten Positionen der Jusos zu den XIII. Weltfestspielen der Jugend und Studenten. Diesbezüglich messe er der 3. IVK-Tagung in Berlin eine große Bedeutung bei. Er selbst wolle noch zuvor nach China reisen, um die Position des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas zur "zu schaffenden neuen Struktur der Weltfestspielvorbereitung" kennenzulernen.

Olaf Scholz kündigte seine Teilnahme an der 2. IVK-Tagung zur Vorbereitung der XIII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Neu-Dehli an.

Die gegenseitig vereinbarten Seminare zwischen FDJ Zentralrat und Juso-Bundesvorstand wurden bestätigt.

Anlage
Für ein Europa - frei von Atomwaffen

Im Verlauf eines gemeinsamen Seminars zwischen der FDJ und den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD fand in dieser Woche in Berlin eine Beratung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe des Zentralrates der FDJ und dem Bundesvorstand der Jungsozialisten zu aktuellen Fragen der Sicherung des Friedens und der Durchsetzung weiterer Abrüstungsschritte statt.

Das INF-Abkommen stellt einen ersten Abrüstungserfolg dar. Es wird zum historischen Durchbruch, wenn diesem Abrüstungsvertrag weitere folgen und alle Rüstungsbereiche erfassen.
Deshalb sprachen beide Seiten ihre Erwartung zur baldigen Ratifizierung des INF-Abkommens sowie zum Abschluß eines Vertrages zur 50 %igen Reduzierung der strategischen Offensivwaffen beim bevorstehenden Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Moskau aus. Dieses Abkommen sowie die Verhinderung der Weltraummilitarisierung und die Stärkung des ABM-Vertrages seien weitere notwendige Schritte in eine atomwaffenfreie Welt.

Der historischen Verantwortung, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, entspräche das entschiedene Eintreten beider Staaten zur völligen Befreiung von atomaren und chemischen Waffen. Daher befürworten FDJ und Jusos eine 3. Null-Lösung für atomare Kurzstreckenwaffen unter 500 km sowie die drastische Reduzierung konventioneller Rüstungen und Streitkräfte nach dem Prinzip "Wer mehr hat, rüstet ab". Taktisch-operative Atomsysteme sind im Zusammenhang mit der Reduzierung konventioneller Rüstungen zu beseitigen. Konzepte der Modernisierung bzw. Kompensation der abzurüstenden Waffensysteme gilt es zu verhindern.

FDJ und Jusos sprachen sich dafür aus, daß die jüngste gemeinsame Erklärung von SED, SPD und KPTsch zum Verbot chemischer Waffen konstruktiv durch die Regierung der BRD aufgegriffen wird und auf dem Wege von Regierungsverhandlungen die Perspektive für eine von chemiewaffenbefreite Zone in Europa eröffnet wird.

Als eine nützliche Ausbaustufe für ein gemeinsames Haus Europa erachten beiden Seiten die Schaffung eines Korridors frei von Atomwaffen. Die Jusos in der SPD kündigten die Teilnahme einer Delegation an dem im Juni 1988

geplanten "Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen" an.

Dieses Treffen böte einem breiten politischen Spektrum die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge für eine von atomwaffenbefreite Welt in einem offenen und sachlichen Dialog zu entwickeln. In diesem Sinne wollen sich FDJ und Jusos aktiv beteiligen.